

Thüringer Netzwerk „Nein zur Bezahlkarte“

An
Herrn Oberbürgermeister Horn
Stadtratsfraktion CDU
Stadtratsfraktion DIE LINKE
Stadtratsfraktion Mehrwertstadt
Stadtratsfraktion SPD
Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Erfurt, 03.03.2026

Offener Brief: Erfurter Zivilgesellschaft sagt Nein zur Bezahlkarte!

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt, Andreas Horn,
an die demokratischen Kräfte im Erfurter Stadtrat,

mit großer Sorge blicken wir auf die Einführung der Bezahlkarte für Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Thüringen. Wir verurteilen die Einführung der Bezahlkarte in der Landeshauptstadt Erfurt - zumal diese Entscheidung ohne Beteiligung des Stadtrats und der Zivilgesellschaft getroffen wurde.

Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Kontrolle, das schutzbedürftige Menschen diskriminiert und ausgrenzt. Wir, ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen, Gewerkschaften, Kulturvereine, Sozialverbände, Menschenrechtsorganisationen und engagierter Bürger*innen sprechen uns entschieden dagegen aus.

Die Stadt Erfurt hat sich 2020 zum "Sicheren Hafen" ernannt und sich „solidarisch mit allen Geflüchteten und auf der Flucht befindlichen Menschen“ erklärt. Diese Solidarität darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern bedeutet auch, geflüchteten Menschen in Erfurt ein menschenwürdiges Ankommen und Bleiben zu ermöglichen. Die diskriminierende Bezahlkarte steht diesem Ziel entgegen!

Wir sagen "Nein zur Bezahlkarte!" in Erfurt und fordern Sie zum Handeln auf.



Massive Einschränkungen durch die Bezahlkarte

Die Bezahlkarte verletzt in ihrer aktuellen Ausgestaltung grundlegende Rechte. Betroffen sind Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie erhalten rund zwanzig Prozent weniger als Bürgergeldempfänger*innen und müssen davon ihre Existenz sichern. Über diesen ohnehin zu geringen Geldbetrag auf der Bezahlkarte können betroffene Menschen nicht frei verfügen: Nur 50 Euro dürfen sie monatlich in bar abheben und das ausschließlich im Einzelhandel. Damit sind sie von Öffnungszeiten und dem Bargeldbestand in Kassen der Geschäfte abhängig. Betroffene werden der Kontrolle durch Kassenpersonal und potenzieller Stigmatisierung ausgesetzt. Unklar ist, ob ein Mindesteinkaufswert für die Bargeldabhebung gilt, was faktisch einer besonders hohen Abhebegebühr gleichkäme.

Zahlungen sind mit der Bezahlkarte ausschließlich in Geschäften möglich, die Debitkarten akzeptieren. Viele kleine, oft günstigere Läden, soziale Kaufhäuser, Cafés, Bäckereien, Wochenmärkte und kulturelle Veranstaltungen sind damit ausgeschlossen. Auch Online-Käufe, Vertragsabschlüsse oder notwendige rechtliche und medizinische Zahlungen erfordern eine behördliche Genehmigung - in jedem einzelnen Fall. Das sorgt für eine Abhängigkeit der betroffenen Menschen vom Wohlwollen der Ämter. Zudem können die Betroffenen kein Geld empfangen, außer von der zuständigen Behörde.

Die Bezahlkarte stigmatisiert und setzt Menschen diskriminierenden Situationen aus. Das betrifft beispielsweise auch Kinder, die dadurch nicht an Schulveranstaltungen teilnehmen oder Sport, Kultur- oder Freizeitvereinen beitreten können. Von 50 Euro Bargeld im Monat bleibt für Kinder in aller Regel kein Taschengeld übrig. Die Bezahlkarte entmündigt Menschen, schließt sie vom kulturellen und sozialen Leben aus und schränkt Mobilität, Teilhabe und Zugang zu Arbeit und Bildung ein.

Verletzung von Grundrechten

Die zahlreichen Beschränkungen der Bezahlkarte bedrohen das menschenwürdige Existenzminimum. Damit ist die Bezahlkarte ein Angriff auf die Würde des Menschen (Artikel 1 Grundgesetz). Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum steht allen Menschen zu – unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus.

Die umfassende Kontrolle durch die Bezahlkarte schränkt die individuelle Freiheit massiv ein

und degradiert die Betroffenen zu Menschen zweiter Klasse. Die Bezahlkarte verletzt das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben (Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz). Die Bezahlkarte



behandelt Menschen allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ungleich – ein klarer Verstoß gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz).

Mehrere Sozialgerichte (Nürnberg, Hamburg, Chemnitz) bestätigen, dass die restriktiven Bezahlkartenregelungen Grundrechte verletzen. Viele weitere Verfahren laufen mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein weiterer Klagepunkt: Verstoß gegen das Datenschutzrecht. Bezahlkarteninhaber*innen erfahren nicht, wie ihre Daten verarbeitet werden und wer diese abgreift.

Der Einsatz von Bezahlkarten für weitere Gruppen wie Bürgergeldempfänger*innen ist bereits in der politischen Diskussion und droht mit weiteren Einschränkungen von Selbstbestimmung und Teilhabemöglichkeiten für noch mehr Menschen. Bei der Bezahlkarte geht es nicht nur um die Rechte geflüchteter Menschen, sondern um die Grundrechte aller.

Fakten statt Vorurteile

In Zeiten, in denen rechte Kräfte erstarken, ist es wichtiger denn je, rassistischen Erzählungen und Falschbehauptungen entgegenzutreten statt ihnen nachzugeben.

Die Bezahlkarte wird häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie könne Geldtransfers ins Ausland reduzieren. Für Asylbewerber*innen oder geduldete Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, gibt es hierfür schlichtweg keine Belege. Dieses Narrativ ist politisch motiviert und entbehrt jeder Grundlage.

Das in der öffentlichen Debatte oft erklärte Ziel, durch Maßnahmen wie die Bezahlkarte die Zahl der Asylsuchenden zu senken, instrumentalisiert soziale Rechte zur Abschreckung. Bereits 2012 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass die Menschenwürde nicht migrationspolitischen Zwecken untergeordnet werden darf – genau das geschieht nun erneut. Menschen fliehen vor Krieg, Armut und Verfolgung, nicht wegen Sozialleistungen.

Die Bezahlkarte wird häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie verringere den Verwaltungsaufwand. Die Praxis und die Gerichtsverfahren zeigen: Auf die Behörden kommt durch die Bezahlkarte ein unbewältigbarer Verwaltungsaufwand zu. Für jede Person mit

Bezahlkarte müsste jede Überweisung, jeder Bargeldbetrag in jedem Einzelfall immer wieder neu geprüft werden.



Nein zur Bezahlkarte!

Als Zivilgesellschaft stehen wir an der Seite der betroffenen Menschen. Wir unterstützen die solidarische Praxis von Initiativen gegen die Auswirkungen der Bezahlkarte und stellen uns gemeinsam dagegen, wenn diese delegitimiert oder kriminalisiert werden.

Statt Ausgrenzung, Entmündigung und Diskriminierung durch die Bezahlkarte braucht es Selbstbestimmung, Teilhabe und gleiche soziale Rechte für alle!

Wir fordern die Abschaffung der Landesbezahlkarte in Thüringen.

Bis dahin fordern wir, dass Erfurt aus der Rahmenvereinbarung zur Landesbezahlkarte austritt. Wir fordern als menschenwürdige Alternative, Sozialleistungen auf Konten zu zahlen. Basiskonten statt Bezahlkarten!

Nein zur Bezahlkarte in Erfurt und Thüringen!

Erstunterzeichnende

Ausländerbeirat Erfurt

Büro für ausländische MitbürgerInnen im Evangelischen Kirchenkreis Erfurt

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Landesverband Thüringen

DGB-Jugend Erfurt

DGB Stadtverband Erfurt

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Jusos Erfurt

Seebrücke Erfurt

Mitzeichnungen

AJZ Erfurt e.V.

Akademie für Interkulturelle Bildung und Soziales gGmbH

Amnesty International Bezirk Thüringen

Amnesty International HSG Erfurt

Prof. Dr. André Brodocz

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Erfurt e.V.

Astrid Rothe-Beinlich

Auf die Plätze Bündnis Erfurt

Bildungskollektiv BiKo e. V.

Blumenstadt United e.V.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend Thüringen e.V.

Bund Deutscher Pfadfinder_innen Landesverband Thüringen e.V.

BUNDjugend Thüringen

Büro für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger

Café Aquarium

Prof. Dr. Christine Rehlau

Contineo Buchhandlung Erfurt

DaMOst e.V.

Decolonize Erfurt

Denny Möller

Evangelischer Kirchenkreis Erfurt

Fachschaftsrat ASW der FH Erfurt

FaWe - Fahr Weiter e.V. Erfurt

Frau Korte

Grüne Jugend Erfurt

Hilge e.V.

Hochschulgruppe Feministisches Forum

Hochschulgruppe Kritisches Lehramt der Uni Erfurt

Hochschulgruppe Lautstark gegen Faschismus

Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement (IBS) Erfurt

Jasper Robeck

Jesidische Gemeinschaft Thüringen e.V.

Johannesplatz solidarisch



Junge GEW
 Junge Medien Erfurt e.V.
 Kollektiv FCK / Feministisches Club Kollektiv Erfurt
 Laura Wahl
 Linksjugend ['solid] Erfurt
 Melissa Butt
 Migrationsbeauftragter der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland,
 Adrian Papenhagen
 Naturfreundejugend Erfurt
 Nifty MC
 Offene Arbeit des Kirchenkreises Erfurt
 Offenes Antifaschistisches Treffen Erfurt
 Omas gegen Rechts Erfurt
 refugio thüringen e.V.
 Roller Derby Erfurt e.V.
 s.P.u.K. - solidarische Politik und unkommerzielle Kultur e.V.
 Sea-Eye e. V. Lokalgruppe Erfurt
 SJD – Die Falken Erfurt
 Stadtjugendring Erfurt e.V.
 Stadtjugendwerk der AWO Erfurt
 Stadtteilgewerkschaft „Johannesplatz solidarisch“
 Stattschloss e.V.
 Studierendenrat der Fachhochschule Erfurt
 Studierendenrat der Universität Erfurt
 Tinnibo - Sound Solutions
 ver.di Jugend Thüringen
 veto Erfurt
 Diakon Wolfgang Musigmann

